

Hundeattacken Unterschiedlich bissig

Die Attacke eines Hundes auf eine Passantin in Baden-Württemberg stellt die Regelungen der Bundesländer für gefährliche Hunderassen infrage. Im Landkreis Sigmaringen riss sich am Dienstag ein großer Kangal von seiner Kette los, warf außerhalb des Grundstücks eine 72-jährige Frau um und verletzte sie durch Bisse in Kopf und Hals tödlich. Herbeigeeilte Rettungskräfte konnten das aggressive Tier nicht stoppen. Der Kangal, ein Herdenschutzhund, der ursprünglich aus der Türkei stammt, steht in Baden-Württemberg nicht auf der Liste der Kampfhunde. Hessen und Hamburg hingegen stufen ihn als ge-



Herdenschutzhund Kangal

fährlich ein. Die meisten Bundesländer führen Rasselisten, seit im Jahr 2000 zwei Kampfhunde ein Kind im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg totgebissen haben. Halter solcher Hunde müs-

sen besondere Bedingungen erfüllen, etwa ein Führungszeugnis vorweisen oder den Hunden einen Maulkorb anlegen, manchmal ist auch ein Wesenstest des Tiers vorgesehen. Der Sinn der Rasselis-

ten ist umstritten; Schleswig-Holstein schaffte sie 2015 wieder ab und beurteilt stattdessen Hunde nach ihrem Verhalten. Berlin hat 2016 die Liste der gefährlichen Hunde auf drei Rassen beschränkt. Bundesweit schwankt laut Statistischem Bundesamt die Zahl der Menschen, die sterben, weil sie von einem Hund gebissen oder gestoßen werden, pro Jahr zwischen null und acht. Senioren sind häufiger betroffen als Kinder. Das Innenministerium in Stuttgart will die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hechingen zur Haltung des Kangals abwarten und dann überprüfen, „ob die Rasse womöglich wegen ihrer Wesenseigenschaften“ in die Liste der Kampfhunde aufgenommen werden muss. *fr*

C. STEINER / PICTURE ALLIANCE / ARCO IMAGES

Fall Franco A. Dolmetscherin hegte Verdacht

Im Fall des rechtsextremen Bundeswehroffiziers Franco A. hätte dessen Registrierung als syrischer Flüchtling leichter verhindert werden können als bislang bekannt. Der Dolmetscherin, die bei seiner Anhörung anwesend war, sollen Unstimmigkeiten in seinen Aussagen aufgefallen sein. Die Frau marokkanischer Herkunft habe allerdings nicht gewagt, ihre Zweifel zu äußern. Eine Vertreterin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) berichtete dies dem Rechtsausschuss des Bundestags. Die Dolmetscherin habe angegeben, sie habe „nichts gegen einen Israeli“ sagen wollen.

Franco A. war 2016 als syrischer Flüchtling anerkannt worden, obwohl er noch nicht einmal Arabisch spricht. Er hatte angegeben, er spreche Französisch und stamme aus einer christlich-jüdischen Familie. Die Ermittler des Generalbundesanwalts glauben, Franco A. habe als Flüchtling getarnt Anschläge

auf Politiker begehen wollen. Die Bamf-Vertreterin nannte seine Registrierung als Flüchtling „ein Zusammentreffen mehrerer eklatanter Fehler, mangelnder Routine und extremer Belastung aller Mitarbeiter“. *bas, fis*



Soldat Franco A. 2013

BVB-Anschlag Feuer hinterm Hotel

Der mutmaßliche Bombenleger im Fall des Anschlags auf den Mannschaftsbus von Borussia Dortmund hat womöglich versucht, Beweismittel zu verbrennen. Die Ermittler entdeckten in einem Waldstück in der Nähe des Hotels, in dem sowohl das Team des BVB als auch der Tatverdächtige Sergej W. logiert hatten, eine etwa 20 Quadratmeter große Brandstelle. Dort lagen unter anderem die Überreste eines Fernglases, einer Taschenlampe, Batterien, Kabel sowie Arbeitsschuhe. Die Beamten vermuten, dass W. die Gegenstände genutzt haben könnte, als er drei Sprengsätze in einer Hecke am Hotelparkplatz platzierte. Womöglich sollte das Feuer Fingerabdrücke und DNA-Spuren vernichten, was Kriminaltechnikern zufolge auch gelang. Polizisten hatten kürzlich den Wald noch einmal abgesucht, ohne weitere Gegenstände zu finden, die mit der Tat zusammenhängen könnten. Sergej W. bestreitet den Anschlag. *jd*

Landwirtschaftsminister Regierung fördert öffentliches Stillen

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) möchte das Stillen von Babys in der Öffentlichkeit populärer machen. Die Nationale Stillkommission (NSK) hat dazu einen Bericht verfasst („Erarbeitung von positiven Botschaften zur Erhöhung der Akzeptanz des Stillens in der Öffentlichkeit“). Dieser wird demnächst an den Petitionsausschuss des Bundestags übersandt und soll im Sommer erscheinen. „In einer aufgeklärten und toleranten Gesellschaft sollte das Stillen in der Öffentlichkeit idealerweise kein Problem darstellen“, so das Ministerium. Schmidt, Vater von zwei Kindern, erklärt: „Die ersten Monate im Leben eines Babys sind in jeder Hinsicht eine wichtige Zeit.“ Die NSK berät die Regierung seit 1994 zu Initiativen zum „Abbau von Stillhindernissen“. Das Landwirtschaftsministerium ist für das Thema zuständig, da Stillen politisch zum Themenkomplex „Ernährung“ gehört. *csc, bs*